

Redebeitrag

Plenum, 20.11.2017

Dok. 200 – Zustimmung zu dem Übereinkommen zur Errichtung der internationalen EU-Lateinamerika/Karibik-Stiftung, geschlossen zu Santo Domingo am 25. Oktober 2016

-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte kurz zu diesem Übereinkommen Stellung beziehen. Ich finde es interessant, dass wir oft die einzigen sind, die bei solchen Abkommen Stellung beziehen.

Wenn man es oberflächlich betrachtet, hört das sich oft sehr gut an, das stimmt. Da könnte man auch zustimmen, doch man muss schon ein bisschen in die Tiefe gehen, um sich davon ein konkretes Bild zu machen.

Wie Sie sehen, ist das Ziel des Übereinkommens, welches uns hier vorliegt, die Einrichtung einer EU-Lateinamerika/Karibik-Stiftung als internationale Organisation mit Rechtspersönlichkeit nach dem Völkerrecht.

In dem Vertrag wird weiterhin erklärt, was die Aufgaben der Stiftung sind. Da geht es einerseits um Handel mit den einzelnen Staaten, aber auch, wir haben es gerade gehört, um politische Bereiche und Kommunikation unter den Ländern. Es geht auch darum, die Zivilgesellschaft zu unterstützen. Interessant ist beispielsweise, dass in einem Satz steht: „Die Stiftung kann als Instrument der gemeinsamen Außenpolitik der EU angesehen werden, da ihre Tätigkeit zur Konvergenz des Handelns der Mitgliedstaaten gegenüber der Region Lateinamerika/Karibik beiträgt und die EU damit in die Lage versetzt, ihren Interessen und Werten in der Partnerschaft zwischen den beiden Regionen Geltung zu verschaffen.“ Es geht also ausdrücklich um die Werte und den politischen Dialog, wie eben angesprochen.

Interessant ist auch, dass man des Weiteren von Weltordnungspolitik, Förderung der Demokratie sowie der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit spricht. Alles Begriffen, mit Ausnahme der Weltordnungspolitik, denen wir zustimmen würden.

Wenn man aber nun betrachtet, was wirklich mit diesem Vertrag zustande kommt, dann muss man sagen, dass – die Grünen haben dies im Bundestag in Bezug auf diese Abkommen

Fraktion im PDG V.o.G.

auch kundgetan- de Stiftung ihren Aufgaben bisher nicht gerecht wird. Ich zitiere, da es sehr einleuchtend ist: „Bislang hat die EU-LAK-Stiftung eine Stärkung der kritischen Zivilgesellschaft jedoch vermissen lassen. Auch die für das restliche Jahr angekündigten Gesprächsrunden fallen durch Begriffe wie ‚strategische Partnerschaft‘ auf, aber sparen eine Beleuchtung von Problemfeldern in den teilnehmenden Ländern aus. Doch wenn beispielsweise in Brasilien Aktivisten und Gewerkschafter unter Druck gesetzt, Minderheitenrechte eingeschränkt und die Umwelt-ressourcen schonungslos wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden, wenn in Venezuela, wo die Lage noch viel dramatischer ist, die Regierung eine Hungerkrise provoziert und de facto gegen das gewählte Parlament putscht, dann müssen auch die Themen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte viel stärker auf die Prioritätenliste einer Organisation wie der EU-LAK-Stiftung gesetzt werden.“

Ich glaube ganz ehrlich, dass es bei diesem Übereinkommen einzig und allein um Handel geht und dass die Menschenrechte außen vor gelassen werden, denn ansonsten könnte man diese Punkte, diese Probleme, die es in den Ländern gibt, nicht einfach außen vor lassen.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum wir diesem Übereinkommen nicht zustimmen werden: die üblichen Immunitäten, die den Mitgliedern und Bediensteten gewährt werden. Dazu haben wir hier in diesem Hause schon regelmäßig zu Stellung bezogen. Ich denke, dass das in einem solchen Verein nicht richtig ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alain Mertes

Vivant-Fraktion im PDG